

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegramm-Adresse: Textilpraxis Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Anzeigen die sechs gepaltene Kleinzeile 75 Mark
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Zehms, Berlin O 27,
Magazinstr. 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis viertel jährlich 75 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Arbeitszeit und Arbeitsleistung (I). — Kein Klassenkampf nötig? — Richtung und Ziel innerer Organisation. — Die Gelben für Herabsetzung der Löhne. — Die Nähgarnindustrie ernstlich gefährdet? — Betriebsräte und Funktionäre unserer Filiale gegen den Reichsbetriebsrätekongress der Kommunisten. — Der A.D.B. als „Arbeiterverräter“. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Mundschau. — Gesundheitswesen. — Gerichtliches. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — **Unterhaltungsteil:** Ein grammatisches Gespräch (I).

Arbeitszeit und Arbeitsleistung.

Der Ruf nach Steigerung der Produktion tönt uns aus der gesamten bürgerlichen und Unternehmerpresse entgegen. Die Vorschläge, die zur Hebung der Produktion gemacht werden, gipfeln in dem Verlangen nach einer Verlängerung der Arbeitszeit. Ein Teil der Volkswirtschaftler behauptet, daß die Produktion etwa nur 60 bis 70 Proz. Friedensleistung beträgt. Diese Minderleistung sei lediglich auf das Konto der verkürzten Arbeitszeit, auf die Arbeitsunlust der Arbeiter und auf die bestehenden Mindestlöhne zurückzuführen. Sie behaupten schlankweg, daß durch eine Verlängerung der Arbeitszeit und die Befestigung der Mindestlöhne die frühere Produktionshöhe herbeigeführt werden könne. Diese „Nationalökonom“, die sich diese einfache Beweisführung zu eigen machen, gehören zu jener Gattung, die bereits schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in England die Verkürzung der Arbeitszeit entschieden bekämpft haben. Die Vertreter der klassischen Nationalökonomie: William Petty, Sir William Temple, John Houghton, A. Young vertraten die Ansicht, daß beschleunigter Lohn und möglichst lange Arbeitsdauer der Vermehrung der Produktion nur förderlich seien, denn kurze Arbeitszeit und ein Ueberschuß an Lohn über den notwendigen Lebensunterhalt bedeute nur „mehr Bier, mehr Rausch, mehr Kopfschmerz und weniger Arbeit“. Sie vertraten die Auffassung, daß die Länge der Arbeitszeit das Maß der Produktion bestimme. Je länger das Kapital und vor allem die Maschinen in Bewegung seien, desto größer sei die Gesamtmenge der Produktion und damit der Profit der Unternehmer sowie der Lohn der Arbeiter. Ein entschiedener Vertreter dieser Auffassung war der Nationalökonom Nassau William Senior, der sich in einer Schrift gegen die damals geplante Zehnstunden-Bill wandte, mit der Begründung: „Wenn die Arbeitsstunden täglich um eine Stunde reduziert würden, würde der Reingewinn verschwinden, wenn um 1½ Stunden, auch der Bruttogewinn.“ Dieser Auffassung ist Karl Marx in seinem „Kapital“ in einem besonderen Abschnitt, überschrieben „Seniors letzte Stunde“, entschieden entgegengetreten. Im übrigen hat später Senior seine Lehre auf dem Kongress für Sozialwissenschaft in Edinburgh, 1863, als einen Irrtum zurückgenommen und die Ausdehnung des Zehnstunden-Gesetzes auf eine Reihe anderer Industrien befürwortet.

In diesem Zusammenhang sind besonders die Ausführungen, die im englischen Unterhaus am 22. Mai 1846 der bedeutende englische Historiker Macaulay machte und die eine glänzende Verteidigung der Verkürzung der Arbeitszeit darstellten, zu nennen. Diese Rede müßte heute eigentlich den Befürwortern einer längeren Arbeitszeit doch zu denken geben. Macaulay sagte unter anderem:

„Der Mensch, der Mensch ist das große Werkzeug, das Reichtum erzeugt. Der natürliche Unterschied zwischen Campagnien und Spitzbergen ist unbedeutend im Vergleich mit dem Unterschied zwischen einem von Menschen voll körperlicher und geistiger Kraft bewohnten Land und einem von in körperlichen und geistigen Verfall verkommenen Menschen bewohnten Lande. Daher kommt es, daß wir nicht ärmer, sondern reicher geworden sind, weil wir viele Jahrhunderte hindurch einen Tag unter sieben von unserer Arbeit geruht haben. Dieser Tag ist nicht verloren. Während der Fleiß ausgeübt ist, während der Flug in der Furche liegt, während die Börie schweigt, während kein Rauch aus der Fabrik aufsteigt, geht ein für den

Reichtum der Nation ganz ebenso wichtiger Prozeß, als irgend-ein Prozeß, der an geschäftigeren Tagen ausgeführt wird, vor sich. Der Mensch, die Maschine der Maschinen, die Maschine, im Vergleich mit welcher die ganzen Erfindungen der Watts und Arkwrights wertlos sind, wird hergestellt und aufgezogen, so daß er am Montag mit klarem Geiste, mit belebterem Sinne, mit erneuter Körperkraft zu seinen Arbeiten zurückkehrt. Niemals werde ich glauben, daß das, was eine Bevölkerung stärker und gesünder und weiser und besser macht, sie schließlich ärmer machen kann. Ihr versucht uns zu schrecken, indem ihr uns erzählt, in einigen deutschen Fabriken arbeiteten die jungen Leute 17 Stunden in den 24, sie arbeiteten so stark, daß sich dort unter Tausenden nicht einer findet, der die nötige Größe erreiche, um in die Armee aufgenommen zu werden, und ihr fragt, ob wir uns, wenn wir diese Bill annehmen, gegen derartige Mitbewerber zu halten vermögen. Sir, ich lache über den Gedanken an solche Mitbewerber. Wenn wir jemals benötigt sind, die erste Stelle unter den Handelsvölkern abzutreten, so werden wir sie nicht einem Geschlecht entarteter Zwerg, sondern irgendeinem an Körper und an Geist hervorragend kräftigen Volke abtreten...“

Seit dieser Zeit ist nicht nur wissenschaftlich, sondern auch an Hand praktischer Ergebnisse nachgewiesen worden, daß der Zehnstundentag diejenige Zeiteinheit ist, innerhalb deren die Höchstleistung in der Produktion vollbracht werden kann. Wir haben bereits in einem früheren Aufsatz eine ganze Reihe von Beispielen angeführt, nach welchen die Verkürzung der Arbeitszeit ganz erheblich produktionsfördernd wirkte. Diese Ergebnisse können in keiner Weise widerlegt werden.

Nicht nur in der englischen Industrie hat sich gezeigt, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden die Produktion wesentlich erhöht und die Industrie in höherem Maße konkurrenzfähig geworden ist. Auch die deutsche Industrie hat den Weltmarkt erst erobert, als sie zur Verkürzung der Arbeitszeit von dem Zwölfstunden- zum Zehnstundentag und zu einer noch kürzeren Arbeitszeit übergegangen war. Diese Auffassung, daß in einer kürzeren Arbeitszeit die Leistung wesentlich erhöht werde und die Betriebe sich rentabler gestalten, hat ja auch bereits Brentano in seiner Schrift über: „Das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung“ vertreten. Einan besonderen Beweis für die Richtigkeit der Behauptung Brentanos erbringt dessen Schüler Gerhard von Schulze-Gävernitz in seinem Buch „Der Großbetrieb“. Er vergleicht miteinander die Leistungen der Textilarbeiter Englands und Deutschlands und zeigt die weit höhere Leistung der ersteren. Der englische Fabrikant kann billiger produzieren, obwohl er seinen Arbeitern einen höheren Lohn zahlt und eine kürzere Arbeitszeit gewährt als der deutsche Konkurrent.

In der deutschen Industrie zeigte sich, daß dort, wo der Arbeitstag ein kürzerer war, die Arbeitsleistung eine höhere und ebenso die Rentabilität der Betriebe eine bessere war. Es ist also vollkommen unnötig, behaupten zu wollen, daß durch eine Verlängerung der Arbeitszeit eine höhere produktive Leistung vollbracht wird. Im Gegenteil, wir sind der Auffassung, daß mit der Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeitsleistung wesentlich herabsinken muß. Dieses weist ja auch Professor Abbe nach. Er sagt, daß auf den verkürzten Arbeitstag der „Leergang“ des Menschen in der letzten Arbeitsstunde erspart wird. Unter Leergang versteht er die Anstrengung, die der Mensch anwenden muß, um eine bestimmte andauernde Körperhaltung und Aufmerksamkeit anzuwenden, die für den Erfolg seiner Arbeit nötig sind. Diese Ersparnis an Kraftvergeudung durch nutzlosen Leergang genügt, um bei einer bis zu einem bestimmten Grade verkürzten Arbeitszeit doch eine Mehrleistung zu erzielen.

Der Rückgang der produktiven Leistung ist unseres Erachtens nicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit zurückzuführen, sondern auf den größeren Ausfall an Produktionsmitteln in der Zeit nach dem Kriege. Von der Textilindustrie wird behauptet, daß sie es ebenfalls nur auf 60 bis 70 Proz. der Friedensleistung bringe. Wenn man sich die Zahl der Betriebe ansieht und sie mit der Zahl im Jahre 1913 vergleicht, dann findet man

den Schlüssel für die Ursache der Produktionsverminderung. Die Jahresberichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1921 weisen darauf hin, daß z. B. in der Textilindustrie 1913 in Sachsen 7548 Betriebe vorhanden waren, währenddem 1921 nur noch 4289 gezählt wurden. Es zeigt dies hiermit also, daß die Textilindustrie Sachsens nur 60 Proz. der Betriebe von 1913 besaß. So wie in Sachsen das Verhältnis ist, so dürfte es auch im übrigen Reiche sein. Leider sind Angaben über die Zahl der nicht mehr vorhandenen motorischen Kräfte nicht angeführt. Immerhin geben diese Ziffern Aufschluß darüber, auf welche Ursachen die minder produktiven Leistungen in der Textilindustrie zurückzuführen sind. Wir wollen nicht bestreiten, daß kurz nach der Kriegszeit die produktiven Leistungen der Arbeiter wesentlich geringer waren als in der Vorkriegszeit. Die Ursachen an diesen Minderleistungen sind jedoch anderer Natur. Es sind hier erstens einmal zu nennen die Vorschriften des Demobilisierungskommissars über Entlassung von Arbeitern und die Wiedereinstellung der aus dem Felde Zurückgekehrten, ohne Rücksicht auf die vorhandene Arbeit; ferner, daß die Arbeiterschaft infolge des „Stahlhades“ und durch die Aushungerung während des Krieges vollkommen physisch heruntergewirtschaftet war, und daß drittens zweifellos das Kriegselende demoralisierend auf die breiten Massen wirkte. Diese Folgeerscheinungen des Krieges sind heute teilweise überwunden. Unter den Folgen der Aushungerung während des Krieges und der gegenwärtigen Teuerung leidet die Arbeiterschaft noch stark, so daß die Produktionsleistungen noch wesentlich davon beeinflusst werden. Dieser unheilvolle Einfluß würde noch wesentlich gesteigert, wenn die Arbeitszeit eine längere wäre. Mit einer Verlängerung der Arbeitszeit würde man das Gegenteil von dem erreichen, was deren Befürworter erreichen wollen.

Immerhin ergibt sich, daß die Arbeitsleistungen wesentlich gestiegen sind. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten weisen allenthalben darauf hin, daß im Jahre 1921 die Arbeitsleistungen sich wesentlich gehoben haben und daß die Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 8 Stunden teilweise wieder vollkommen ausgeglichen worden ist. So berichtet u. a. die Gewerbeinspektion aus der Kreishauptmannschaft Bauhen, daß eine große Leinenweberei mit dem Achtfundentag keine ungünstigen Erfahrungen gemacht habe. Die Arbeitsleistung in diesem Betriebe ist zufriedenstellend und die Arbeitslust hat sich in erfreulichem Maße gehoben. Eine mechanische Segeltuchweberei berichtet, daß die Leistungen der Arbeiterschaft während der Arbeitszeit als intensive bezeichnet werden konnten, so daß die ungünstige Beurteilung des Achtfundentages hin-fällig geworden sei. — Wir könnten noch eine ganze Reihe von anderen Beispielen anführen, in denen die Unternehmer selbst darauf hingewiesen haben, daß in dem achtfundentägigen Arbeitstag eine ebenso hohe Leistung von der Arbeiterschaft vollbracht werde als früher in dem zehnstundentägigen. Gewiß, diesen Angaben stehen auch wieder solche entgegen, die Ungünstiges über die Wirkung des Achtfundentages berichten. Wichtig wäre aus diesen Gründen, daß die Betriebsmethoden und technischen Einrichtungen in diesen Betrieben, die Ungünstiges berichten über die Wirkung der verkürzten Arbeitszeit, näher untersucht würden, um einmal an der Hand von Tatsachen nachzuprüfen, worauf diese Minderergebnisse der Produktion zurückzuführen sind. Zweifellos spielen eine ganze Reihe von Dingen in den Arbeitsprozeß hinein, die wesentlich zur Hebung der Produktion beitragen können oder auch zu deren Herabminderung.

Kein Klassenkampf nötig?

Was ist Klassenkampf? — Klassenkampf ist der Kampf von Klassen gegen Klassen, also das Gegenteil von Klassenharmonie, von dem, was bürgerliche Kreise und mit ihnen sympathisierende Arbeiterkreise den Volksmassen empfehlen. Hat man doch in der christlichen „Textilarbeiterzeitung“ (Nr. 38) am Schluß eines Artikels „In letzter Stunde“ geschrieben: „Nicht Ständehetz und Klassenkampf bringt uns Erlösung; sondern wirkliche echte Opferbereitschaft des einzelnen für die Ge-

Ein grammatisches Gespräch.

Drei junge arbeitslose Textilarbeiter treffen auf der Wanderschaft in einem Orte Mitteldeutschlands zusammen. Einer von ihnen ist Rheinländer, einer Hannoveraner, einer Berliner. Sie freuen sich gegenseitig, daß sie alle drei Mitglieder unseres Verbandes sind. Diese Entdeckung, die sie gegenseitig an sich machen, führt die Unterhaltung noch weiter auf den Verband zu. Jeder erzählt aus seinen Erfahrungen, welchen Nutzen er von dem Verband schon gehabt habe. Dabei sprechen sie weniger von der Unter-führung, die sie schon von ihm bezogen — die drei sind keine ge-wohnheitsmäßigen Wanderburschen und keine Klassen-marder — als von den Abwendungen von Lohnherabsetzungen und von den Lohnerhöhungen, die sie ihm zu verdanken haben.

Diese Unterhaltung spielt sich im Vertehrsstolal des Verbandes an einem Tische ab, an dem die drei Platz genommen haben. Verflohen, doch aufmerksam lauschen wir der Unterhaltung, um zu erkunden, in welchem Grade die drei die verschiedenen Verbands-zwecke erkannt und wie sie von der Tätigkeit des Verbandes profitiert haben. Bald werden wir inne, daß die drei aus allen Wirkungsgebieten des Verbandes einigen Nutzen gezogen haben, be-sonders aus seinen Bildungsbestrebungen; auf allen Gebieten, auf die der Verband sie ausdehnte, waren sie leidlich firm. Auch schienen sie alle drei von der Wirksamkeit des Verbandes in diesem Betracht voll befriedigt zu sein.

Nicht vollkommen war aber die Zufriedenheit mit den Bildungs-g ebieten, auf denen man sich im Verbande bewegt. Der Han-noveraner, der von den dreien das beste Deutsch sprach, wünschte, daß der Verband auch Unterweisungen im Deutschen erteile und sei es auch nur in Form von Vorträgen.

„Was“ entgegnete da der Rheinländer, „Unterweisungen im Deutschen? Wozu? Sprechen wir nicht deutsch und sprechen wir es nicht richtig, wenn wir wollen? Neulich stellte „mich“ ein

Freund, der sehr gut Deutsch kann, eine Aufgabe im Deutschen und ich habe sie glänzend gelöst, wie er sagte.“

Und der Berliner wandte ein: „Deutsch lernt man doch im Umgang mit Deutschen; „mir“ wenig-stens braucht keiner deutsch zu lernen, ich weiß Bescheid darin. Det lernt man doch schon in „de Schule“, lehte er in nicht ganz reinem Dialekt, doch in unreinem und falschem Hochdeutsch hinzu.

Ein mitteldeiges Lächeln verzog ein wenig den Mund des Han-noveraners. Doch er sagte nichts. „Wozu?“ dachte er, „diese beiden guten Furschen sind von ihrer Sprachbildung so überzeugt, daß sie jeder Belehrung über ihre Sprachschwierigkeiten sicher unzugänglich sind“.

Doch die beiden hatten sein Lächeln bemerkt und verlangten zu wissen, ob er sie etwa schon auf Sprachfehler ertappt hätte; sie wären begierig zu wissen, ob sie etwa in ihren Erwiderungen Fehler gemacht hätten.

„Nun,“ sagt da der Hannoveraner, „eurem Sprachgefühl nach habt ihr ganz richtig gesprochen, doch nach dem, was sich aus dem Sprachgebrauch der Gebildeten als Sprachgesetz ergibt, habt ihr alle beide böse Schnitzer gemacht“.

„Ich gewiß nicht“, riefen nun die beiden, wie aus einem Munde; „vielleicht der Kollege hier“. Dabei wies einer auf den anderen. „Alle beide,“ behauptete der Hannoveraner mit Sicherheit; „du, Rheinländer, hast statt „mir“, „mich“ gesagt, und du, Berliner, statt „mich“, „mir“. Und außerdem hast du auch noch statt „in der Schule“, „in die Schule“ gesagt. Wenigstens klang dein „de“ so, daß ich es für „die“ nehmen mußte, und du hast es wohl auch als „die“ sprechen wollen. Doch das sei dir diesmal noch geschenkt. Mit deinem „mir“ will ich mich aber befassen, weil ich mich auch mit dem „mich“ des Kollegen aus dem Rheinlande beschäftigen muß.“

So hört denn, ihr vermeintlich Unsehbarern: Wo der eine von euch „mich“ sagte, hätte er „mir“ sagen sollen, und wo der andere „mir“ sagte, sollte er „mich“ sagen.

„So“, riefen beide zugleich, „kann erkläre uns das mal näher. „Ich habe so gesprochen, wie man allgemein bei uns spricht“, er-klärte jeder für sich. „Das weiß ich wohl“, sagte der Hannoveraner,

„doch für mich kommt es jetzt darauf an, was richtig ist, nicht, was gebräuchlich ist“.

„Na“, meinte nun der Berliner, „denn schieß man los mit „deine“ Belehrung“. Und der Rheinländer trieb ihn an — indem er auf sein schon geleertes Bierglas wies —: „Zeit ist „mich“ Geld“.

Und der Hannoveraner begann: „Es scheint, daß ihr alle beide keinen Satz richtiges Deutsch sprechen könnt, denn der eine hat schon wieder statt „mir“, „mich“ gesagt, und der andere statt „deiner“, „deine“. Doch auf das letztere kann ich jetzt nicht eingehen. Erst will ich euch erklären:

Mir und mich.
Ihr Rheinländer seid im Gebrauche von „mir“ und „mich“ eben-so unsicher, wie die Berliner; ihr könnt nicht gut „mir“ sagen, und die Berliner können nicht gut „mich“ sagen. Doch nicht der Klang, sondern die Bedeutung des Wortes ist für seine Anwendung maß-gebend, und „mir“ hat eine ganz andere Bedeutung als „mich“. Merkt euch gefälligst alle beide, daß „mir“ im dritten Fall, „mich“ im vierten Fall steht. (Daselbe ist es mit „wem“ und „wen“; in Berlin scheint man das Wörtchen „wen“ nur im Kreise der Ge-bildeten zu kennen. Dort kennen im Gegensatz dazu viele nicht das Wörtchen „ihm“ und gebrauchen statt seiner bedärflich „ihn“.) Und merkt weiter: Im dritten Fall wird geantwortet auf die Frage, wem etwas geschieht, im vierten Fall auf die Frage, wen das Gescheh-nis trifft, betrifft.

Beispiel: Jemand gab mir (uns, dir, euch, ihm, ihr, ihnen) einen Schlag. Jemand schlug mich (uns, dich, euch, sie) Man stahl mir (uns, dir, euch, ihm, ihr, ihnen) Geld. Man bestohlt mich (uns, dich, euch, ihn, sie) Wer? Antwort: Mich (uns, dich, euch, sie). Man gab — Wem? Antwort: Mir (uns, dir, euch, ihm, ihr, ihnen). Was? Antwort: Einen Schlag, Geld. Jemand schlug — Wem? Antwort: Mich (uns, dich, euch, ihm, sie). Man stahl. — Wem? Antwort: Mir (uns, dir, euch, ihm, ihr, ihnen). Was? Antwort: Geld. Man bestahl. — Wem? Antwort: Mich (uns, dich, euch, ihm, sie). Jemand gab einen Schlag. — Wem? Antwort: Mir (uns, dich, euch, ihr, ihn, ihnen).

famtheit ist es, was wir benötigen. Die Opferbereitschaft, der Opfermut unserer Frauen und Mütter während des furchtbaren Weltkrieges sollte jedem deutschen Mann ein nie zu vergeßendes Vorbild sein."

So ähnlich hat schon Jesus gesprochen. So sprechen schon seit fast 2000 Jahren alle Kanzelredner.

Sie haben damit auch Erfolge erzielt. Diese fallen aber immer weniger ins Gewicht, je schärfer die Klassenscheidung wird. Und diese wird immer schärfer. Soll für die Klassen ein durchschlagender sozialer Ausgleich geschaffen werden, so darf man sich nicht auf die Opferbereitschaft der Opferfähigen verlassen. Der Aufruf an ihre Opferbereitschaft wird immer nur Erfolge aufweisen, die weit hinter der Notwendigkeit zurückbleiben. Man muß also soziale Einrichtungen schaffen, die den Opferfähigen eine Opfersteuer auferlegen, die den Bedürfnissen der Opferleidenden entspricht. Wären die Opferfähigen allesamt damit einverstanden, so würden sie längst dem Rufe an ihre Opferfähigkeit in reichstem Maße Folge geleistet haben, oder sie wären längst selber mit Vorschlägen dazu hervorgetreten. Wären 99 von 100 so Opfer willig, wie sie Opfer fähig sind, so wären die Opfergaben — die ja in Form von Lohn geleistet werden könnten — stets so reichlich geflossen, daß man keine nennenswerten Klassenunterschiede in der Lebensweise der verschiedenen Klassen mehr wahrnehmen könnte. Die selbstsüchtige Denkwiese der 99 läßt diese aber solche Opfer nicht bringen.

Ihre Moral ist auch meist eine solche, daß ihnen jedes Gefühl für die Not ihrer Mitmenschen abgeht. Befindet sich doch der Reichtum gar oft in Händen von Leuten, die gar nicht zu ihm gelangt wären, wenn sie auf gewisser moralischer Höhe gestanden hätten. Da sie gerade dadurch, daß sie alle moralischen Anwandlungen in den Wind schlugen, zu Reichtum gelangten, so sehen sie keinen Grund, sich auf die Seite der Moral zu schlagen, auf Grund der Moral sich ihres Reichtums zum Teil wieder zu entäußern. Wissen sie doch nicht, ob sich ihnen jemals wieder Gelegenheit bietet, Reichtum zu erwerben. Und sie wissen auch nicht, ob man ihnen zu Hilfe kommen würde, wenn sie einmal in Not gerieten. Bei solcher Sachlage bleibt ein Ruf an ihr Gewissen natürlich erfolglos. Sie haben ja gar kein Gewissen. Und wo kein Gewissen ist, kann auch keins gerührt werden.

Das ist falsch, wird man einwenden. Ein Gewissen hat jeder; es braucht nur geweckt zu werden, und es wird sich dann in seiner ganzen Größe zeigen. Angenommen, es sei da und schläft nur. Wird es sich dann aber wecken lassen? Und kann man jemand zwingen, sich für eine Einwirkung auf sein Gewissen empfänglich zu zeigen und dem empfangenen Eindruck gemäß zu handeln? Religion und Kirche können bei solchem herabgefallenen Gewissen nichts ausrichten. Religion haben die Leute nicht, denn wenn sie sie hätten, wären sie ja anders und brauchten nicht erst anders gemacht zu werden. Und die Kirche hat deshalb auch keine Macht über sie.

Moralisch ist den Leuten also nicht beizukommen. Von einer Opfersteuer würden sie sich zu drücken wissen, wie sie sich um jede andere Steuer mehr oder weniger herumzubücken verstehen. Sie vom Materialismus abwenden zu können, scheint unmöglich zu sein, da sie von ihrem Materialismus nicht lassen, den materiell Notleidenden aber nur mit materieller Hilfe gedient sein kann, so bleibt, um zu sozialem Ausgleich zu kommen, weiter nichts übrig, als in den materiell Notleidenden den schon vorhandenen Sinn für das Materielle noch mehr zu beleben und durch Kämpfe um das Materielle den sozialen Ausgleich herbeizuführen, soweit es unter der Herrschaft des Kapitals möglich ist, und mit dem Kapital Lohnkämpfe zu führen.

Das sind aber immer nur Mittel von kurzer Wirkung. Dauernde Wirkung kann nur erzielt werden durch eine Einrichtung, bei deren Vorhandensein es dem Kapital unmöglich wäre, sich vom Arbeitsertrage mehr anzueignen, als ihm — solange man des Kapitals noch bedarf, und das wird nicht immer der Fall sein — billigerweise zugestanden werden muß.

Zu verhindern, daß es sich vom Arbeitsertrage mehr aneignet, ist das wirksamste Mittel die Bergesellschaftung der Wirtschaftsweise. Und sie ist nur zu erreichen durch Klassenkampf. Der Klassenkampf ist also nötig.

Freilich wird man unter der vergesellschafteten Wirtschaftsweise auch nicht ohne den Ruf an die Gewissen zu dem ersehnten Ziele gelangen. Dieser Ruf wird sich dann aber nicht gegen die Habgucht zu richten haben, sondern nur gegen Pflichtvergeßlichkeit. Man wird die Pflicht, stets das Mögliche für die Gesellschaft zu tun, bei allen Volksgenossen rege halten müssen. Denn wenn diese Pflicht nicht von allen im reichsten Maße erfüllt wird, so wird es zwar den jetzt Wohlhabenden und Wohllebenden schlechter, den Notleidenden aber nicht besser gehen, und der Zweck der wirtschaftlichen Umgestaltung bleibt unerreicht.

Es ist richtig: Nicht Ständehaß und Klassenkampf an sich bringt uns Erlösung, sondern ihm folgernde wirkliche echte Opferbereitschaft des einzelnen für die Gesamtheit ist es, was wir benötigen, die Opferbereitschaft von dir und Mustel aller Volksgenossen. Opfer nicht materieller, sondern ethischer Art werden dann von allen verlangt werden. Und wenn sie von allen in möglichem Maße gebracht werden, werden auch alle materiellen Nöte, zu deren Behebung heute, ziemlich vergeblich, materielle Opfer verlangt werden, behoben werden können.

Um dahin kommen zu können, ist nicht Klassenharmonie, sondern Klassenkampf nötig. Ohne ihn wird voraussichtlich die soziale Frage ihre Lösung nicht in einem Maße finden, das die Sozialdemokratie befriedigen könnte. Auch die sozialen Ziele des Christentums können nur durch Klassenkampf erreicht werden, oder es müßte ihm in Zukunft möglich werden, die Moral der Menschen völlig umzuwandeln. Was ihm aber in fast 2000 Jahren nicht gelang, wird ihm in dem Zeitenrest, der noch an 2000 Jahren fehlt, auch nicht gelingen. Und auf weitere Jahrtausende werden die Mütter sich wohl nicht mehr vertrusten lassen.

Richtung und Ziel unserer Organisation.

Mich. v. d. Meulen, Utm.

Wir sind im Zeitalter der Masse. Die im Maschinenzeitalter proletarisierten Massen — proletarisiert an Körper und Geist — stehen in offener Rebellion gegen alte, aufstrotzende Lebensanschauungen von Staat, Gesellschaft und Ueberlieferungen. Ein wildes Gären der unteren Schichten der Kulturmenscheit hebt an, und sie zerren an den Ketten und Banden, die Klassen und Privilegien jahrhundertlang zur Ordnung und guten Sitte geschmiegelt haben. Die Massen werden aktiv. Die Aktivität kommt allerorts zum Ausbruch, man fühlt, daß man im Chaos steckt, daß eine Weltordnung, die Generationen lang als die gesetzhafte und gottgewollte gepredigt wurde, wankt und zusammenbricht. Die Massen wollen nicht noch mehr verelenden. Sie fühlen, daß man herauskommen muß aus dem Chaos, heraus muß auf alle Fälle. Deshalb eine Massenbewegung in allen Ländern, und die Massen suchen sich aktiv zu beteiligen zur Herbeiführung eines Zustandes, der den Menschen die Hoffnung gibt auf geregelte Zustände, wo den einzelnen wieder Glück, ausreichendes Einkommen zur Fröstung eines harmonischen Lebens garantiert sind. Die Welt ist anders geworden, und es geht nicht an, über Vergangenes zu jammern und zu klagen. Deshalb niht es nichts, mit einem Teil der Hoffnungslosen nach der guten alten Zeit jammern zu verlangen. Die Sehnsucht ist am Werke, die durch den Krieg gewalttätig unterbundene Entwicklung wieder in normale Bahnen zu lenken. Sogar die Jugend ist aktiv aufmarschiert. Es gilt nicht mehr der Grundsatz: Wie die Alten tunen, so zwitschern auch die Jungen. Die Jugend, über Nacht sozusagen selbstbewußt geworden, will ihr eigenes Leben haben. Dieses Verlangen ist, wenn auch noch unklar, primitiv, doch wohl ungestüm. Ein sprudelndes Gären hat alle erfasst. Unsere Jugend ist durch die wirtschaftlichen Verhältnisse früher reif geworden und verlor sich zu betätigen, auch an der Lösung der größten Probleme.

Millionen Männer, Jünglinge haben jahrelang das Grauen der gegenseitigen Vernichtung, das Erpichtsein darauf, den tierischen Instinkten, die entragt wurden, vollen Lauf zu lassen. Im Kriege, der von den Stützen der alten Gesellschaftsordnung als reinigendes Stahlbad gefeiert wurde, wurde derjenige als Held gefeiert, der am rohesten und erfolgreichsten Kulturwerte und — Menschen vernichtete. Konnte diese Einstellung spurlos an der Menschheit vorübergehen nach dem Kriege? — Nein. — Millionen von Kulturmenschen lagen sich haßerfüllt gegenüber auf den Schlachtfeldern und in den Schützengraben. Die Psyche der Völker war auf Jaß eingestell. In der Einöde des Schützengrabenwesens machte man, wenn Ruhe eintrat, seelische Stimmungen durch. Man flüchtete mit seinem Inneren, weil man eine Aussprache haben mußte, zu seinen Kameraden. Ueberall das gleiche Empfinden, das gleiche Gefühl: Heraus aus diesem Wahnsinn. Es entwickelte sich der Masseninstinkt. In dieser Notgemeinschaft lernten die Völker, insbesondere die Deutschen, daß nicht Haß, Zerstörung die Wege sind zur Wohlfahrt der Menschheit, sondern Eintracht und Verständigung. Ein neues Denken und Trachten hob an. Man fühlte, daß, wenn man heimkäme aus dieser Hölle, die Völker neue Sitten und Gebräuche müßten, daß man neue Wege einschlagen müßte und daß in Zukunft nur einzig und allein eine Solidarität bei allen Menschen Platz greifen müßte. Man fühlte, daß der Weg schicksalhaft vorgezeichnet sei. Aus der Ferne leuchtete die Volksgemeinschaft. Nun wohlan, aus dieser Volksgemeinschaft muß nach den ehernen Gesetzen der wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitsgemeinschaft entstehen. Diese ist kein Traum, und tragen wir alle ehrlich den Willen, aus den Niederungen herauszukommen, in die uns falsche Erziehung und die kapitalistische Weltordnung geführt haben, so werden wir in einer zielklaren wirtschaftlichen Bewegung uns auch wieder zu lichten Höhen emporarbeiten.

Hier kann allein nur intensive Aufklärung helfen, und zwar in der Hinsicht, daß wir dem Gesamtvolke, insbesondere der Arbeiterklasse die wirtschaftliche Entwicklung klarlegen. Das Volk muß begreifen, daß alles einer Entwicklung unterworfen ist, auch unsere wirtschaftlichen Verhältnisse. Vor dem Kriege hatten die klassenbewußten Arbeiter, welche sich zur sozialistischen Weltanschauung durchgerungen hatten, begriffen, daß eine starke wirtschaftliche Organisation sie aus der Knechtschaft, wenn auch nicht mit einem Male, doch nach und nach erlösen könnte. Deshalb der Feuereifer, die freien Organisationen zu kräftigen und durch intensive Aufklärung denselben neue Mitglieder und zu gleicher Zeit Streiter zuzuführen. Dieses war eine Gefahr für die Kapitalisten und spornete dieselben an, diese Bewegung zu bekämpfen mit allen Mitteln, die ihnen wirtschaftlich und politisch zur Verfügung standen. In den Großbetrieben wurden mit Hilfe der Unternehmer die gelben Organisationen gegründet. Diese wurden durch die verzerrten Darstellungen der nationalistischen Lokalpresse und Unternehmerorgane zum Haß gegen die freien Gewerkschaften erzogen. Die Prätorienstruppe der Unternehmer war mit einem Haß gegen die sozialverräterische Gewerkschaftsbureokratie vollgepfropft worden, so daß in vielen Orten und Betrieben die Arbeiterschaft sich feindselig gegenüberstand. — Teile und herrsche! — Dieser Grundsatz der Unternehmer war zur Tatsache geworden und hemmte die Arbeiterschaft. Als nun der militärische Zusammenbruch kam, die gelben Organisationen hinweggefegt wurden von der Volksstimmung, da kamen ihre Mitglieder in hellen Scharen zu den freien Organisationen. Diese radikalen Säure, welche sonst bei jedem Besen einer gelben Zeitung ein Duzend Gewerkschaftsbonzen verschluckten, wurden nun die radikalsten Novemberrevolutionisten. Diese indifferenten Arbeiter wurden nun zu Revolutionären und versuchten vielerorts, tonangebend in den Gewerkschaften zu sein.

Die Organisationen gingen mit ihrer Mitgliedschaft sprunghaft in die Höhe. Es war trotz aller intensiven Aufklärung der Ver-

bandsfunktionäre nicht möglich, den Geist der Aufklärung in unsere Reihen zu tragen über das Wesen und die Ziele der Gewerkschaften. Durch die Verhältnisse gezwungen, wurde der größte Teil der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft aufgewandt auf die Erhöhung der Löhne. Die wirtschaftlichen Verhältnisse wurden so, daß eine Teuerungswelle die andere mit größter Behemung in kürzesten Zeiträumen überholte. Und weil man nicht ganz verhungern wollte, standen wir fortwährend in allen Bezirken in Lohnbewegungen. Eine Lohnbewegung löste die andere ab. In Duzenden von Fällen war die Tatsache zu verzeichnen, daß, wenn in irgendeiner Berufsgruppe der Arbeitsgemeinschaften eine Lohnbewegung zum Abschluß gebracht worden war, sofort wieder zur Kündigung des Tarifs geschritten werden mußte. Dieser Zustand dauert nun schon mehrere Jahre und ist ein Ende dieser wahnwichtigen Teuerung auch jetzt noch nicht abzusehen. Nimmt es einen da noch wunder, daß ein Teil unserer Mitglieder noch nicht die Disziplin von geschulten Gewerkschaftlern zeigt? Besonders jene Kollegen, die vorher vom Klassenkampf keine Ahnung hatten, keine Schulung hinter sich haben, fallen noch vielfach auf die Tricks und Kraftworte von politischen Kraftmeiern herein. Die unheilvolle Zersplitterung der Arbeiterklasse auf politischen Gebiete ist deshalb auch nicht ohne Einfluß auf die Gewerkschaften geblieben. Daß bei der politischen Zerklüftung der Arbeiterklasse die Gewerkschaften parteipolitisch neutral sein müssen, wenn sie nicht genau so zerfallen wollen wie die Parteien, muß dem denkenden Gewerkschaftler klar sein. Dazu gehört aber vor allem, daß er gewerkschaftliche Disziplin hält und nur einzig und allein die Beschlüsse und Richtlinien der Gewerkschaften vertritt. Es darf unter keinen Umständen zugegeben werden, daß wir irgendeiner politischen Partei unterstellt werden, wie es z. B. die Kommunistische Partei verlangt. Diese Partei will die Gewerkschaften als Sprungbrett für ihre Ziele benutzen und die Massen vor ihren politischen Karren spannen. Auf dem Senacé Parteitag im vorigen Jahre hat sie deshalb auch Richtlinien dafür herausgegeben, wie die Kommunisten in den Gewerkschaften zu arbeiten haben. In den Richtlinien für die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen heißt es unter anderem: „Dieselben unterziehen in ihrer ganzen Tätigkeit den Parteiorganen. Diese haben jederzeit das Recht und die Pflicht, die Tätigkeit der Fraktion zu kontrollieren, bestimmte Anweisungen zu geben, Beschlüsse aufzuheben oder zu korrigieren, nötigenfalls Funktionsvertreter abzurufen und unter Umständen selbständige Fraktionsversammlungen zu veranstalten. Jede Fraktion ist als Ganzes genau so streng an die Parteidisziplin gebunden wie jedes einzelne Parteimitglied.“

Damit ist klipp und klar bewiesen, daß die Kommunisten Sonderorganisationen in den Gewerkschaften darstellen. Das muß, wenn hier nicht die Gewerkschaften mit fester Hand zupacken, in Zukunft jede praktische Gewerkschaftsarbeit vereiteln. Deshalb ist es höchste Zeit, daß alle diejenigen, die den Karolen von unverantwortlichen Außenstehenden folgen und damit die Verbandsinteressen schädigen, in den Gewerkschaften unschädlich gemacht werden. Wir können und dürfen die Selbständigkeit der Gewerkschaftler niemals antasten lassen, denn das wäre der Anfang vom Ende. In unserer Organisation ist jeder willkommen als Mitkämpfer, der sich als Gewerkschaftler betätigen will, auch jeder Kommunist, nur müssen wir verlangen, daß er gewerkschaftliche Disziplin hält und die Besetze, die sich die Organisation selbst gibt auf ihren Generalversammlungen, auch anerkennt und befolgt.

Deshalb muß in Zukunft jede Parteipolitik aus unserem Verbandsleben verschwinden. Unsere Organisation hat Raum für alle Kämpfer, und sie hat seit Gründung bewiesen, daß wir auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die Beseitigung des Systems der Lohnarbeit durch Ueberleitung der privatkapitalistischen Produktionsweise in die durch die Gesellschaft betriebene sozialistische Produktionsweise erstreben. Dieses höhere Ziel kann nur einzig und allein auf dem Wege organischer Wirtschaftsentwicklung erreicht werden, und das ist ein Prozeß, den wir als Gewerkschaftler beschleunigen können, indem wir die Hirne erobern, indem die Erkenntnis des ökonomischen Werdens und des wissenschaftlichen Sozialismus allen unseren Mitgliedern eingehämmert wird.

Arbeiten wir alle in diesem Sinne in unserer Organisation, ohne Unterlassen der politischen Weltanschauung, ob Kommunisten, Rechtssozialisten und Unabhängige, dann wird es gelingen, uns aus den Polypenarmen des Privatkapitalismus zu befreien und eine neue, bessere Gesellschaftsordnung zu zimmern, wo Wohlstand, Glück, Zufriedenheit für uns Textilarbeiter zu Hause ist.

Die Selben für Herabsetzung der Löhne.

Gelegentlich der letzten Vertreterversammlung der an die Zentralstelle vaterländischer Verbände angeschlossenen gelben Verbände sprach der Präsident der Zentralstelle, Reichstagsabgeordneter Geißler, über die Bekämpfung der ständig steigenden Teuerung. Schuld an der Vertuerung sind natürlich die Gewerkschaften und die kathedersozialistischen Akademiker, denn sie haben schon im Kriege die einsehende Kriegsteuerung durch Lohnerhöhungen auszugleichen versucht, statt auf Verbilligungsmaßnahmen der Behörden zu drängen. Geißler weiß natürlich nicht, wie die Gewerkschaften mit allen Mitteln versuchten, den munter blühenden Bucher der Kriegszeit zu bekämpfen. Geißler klagt die Gewerkschaften dann weiter an, daß sie auch nach dem Kriege die Löhne immer höher getrieben haben und damit auch die Preise. Die Revolution ist nach ihm „ein feiger Vaterlandsverrat und eine sinnlose Lohntreiberei“. Schuld daran sind die Gewerkschaften. Soll man wirklich gegen einen solchen Hanswurst polemisieren?

Er sagt dann weiter, weil die Löhne noch fortgesetzt ohne jeglichen Nutzen für die Arbeitnehmer, aber zum größten Schaden

Beachtet auch den Unterschied von Stehlen und Bestehlen: Man stahl mir (uns, dir, euch, ihnen) — Geld. Man bestahl mich (uns, dich, euch, ihn, sie) — um (das) Geld. —

Und wenn von euch nun noch nicht klar ist, daß „mir“ etwas ganz anderes ausdrückt als „mich“ (mit „dir“ und „dich“, „ihm“ und „ihn“, „ihr“ und „sie“, „ihnen“ und „sie“, „wem“ und „wen“ ist es ganz dasselbe), der halbe sich gegenwärtig, daß man „mir“ usw. in doppeltem Sinne anwenden kann, nämlich im Sinne von „zu mir“ oder im Sinne von „von mir“, aber auch im Sinne von „für mich“. Ich sage richtig: Man stiehlt mir Geld, wenn ich ausdrücken will, daß man mir Geld entwendet. Mit denselben Worten kann ich aber auch ausdrücken wollen, daß jemand für mich Geld stiehlt, nämlich um es mir zuzuwenden. Das Haupt einer Diebesbande kann z. B. von einem seiner Gefährten sagen: Schulz hat mir Geld gestohlen und damit meinen, daß Sch. ihn, den Hauptling, bestohlen habe. Er kann damit aber auch meinen, daß Sch. für ihn Geld gestohlen habe, d. h. um es ihm (an ihn), abzuliefern, Geld, um das er einen anderen bestohlen, das er einem anderen gestohlen hat. Der Hauptling wird aber, wenn es kein Rheinländer ist, nicht sagen: Sch. hat „mich“ Geld gestohlen, wenn er meint, Sch. habe von ihm gestohlen; er wird dann allenfalls sagen: Schulz hat „von mir“ Geld gestohlen, wenn er die Anwendung des bloßen „mir“ in diesem Fall nicht vorzieht. Will er aber sagen, Sch. habe für ihn, den Hauptling, Geld gestohlen, so wird er auch nicht sagen: Er hat „mich“ Geld gestohlen, sondern: Er hat „für mich“ Geld gestohlen, wenn er keinen Zweifel darüber aufkommen lassen will, daß ihm, dem Hauptling, Geld zu gewendet worden sei, nicht entwendet.

Daß „mich“ etwas ganz anderes bedeutet als „mir“, läßt sich an dem Satze erkennen, in dem ich den Hauptling sagen lasse, er werde nicht sagen: Sch. hat „mich“ Geld gestohlen. — Nehmen wir einmal an, er hätte sich doch so (falsch freilich) ausgedrückt, so könnte man annehmen, Schulz habe den Hauptling gestohlen, und dieser heiße Geld, wie der Dieb Schulz heißt. Der Satz müßte dann (geschrieben) mit richtiger Zeichensetzung freilich so aussehen (der

Hannoveraner schrieb): „Schulz hat mich, Geld, gestohlen.“ Die zwei Komma, von denen „Geld“ eingefakt ist, könnten nun, meinte er, ja von ihm vergessen worden sein. „Denk sie euch nun“, fuhr er fort, „hinein, so könnt ihr leicht annehmen, der Hüppling selbst sei gestohlen worden, und er heiße Geld. So wäre der Bestohlene mit der gestohlenen Sache verwechselt worden. Die Möglichkeit einer solchen Verwechslung zeigt auch zum Greifen klar, daß „mich“ zwar die Person bezeichnen kann, die von einem Geschehnisse betroffen wird, niemals aber die Person, der nur etwas geschieht, indem eine ihr gehörige Sache von dem Geschehnisse betroffen wird.“

Der Hannoveraner schwieg. Und der Rheinländer schwieg. Und der Berliner, der sich sonst im Schweigen gerade nicht stark gezeigt hatte — auch er schwieg. Das Schweigen währte minutenlang. Dann sagte der Rheinländer: „Du hast mich wirklich bestohlt und du hast mich auch geküßt, wie man in geschickter Weise einen Menschen lehren kann, von einem anderen Menschen zu lernen. Wenigstens muß ich das in Hinblick auf unser rheinisches „mich“ sagen, von dem du mich gelehrt hast, daß wir es fälschlich gebrauchten. Ich sehe jetzt ein, daß man mich wohl bestohlen, mir mein Geld stehlen, daß man auch mich selbst stehlen kann, aber nicht „mich“ mein Geld. Ob es nicht ebenso richtig wäre, zu sagen: „mir Deutsch zu lehren“ wie: „mich Deutsch zu lehren“, darüber bin ich mir jedoch noch nicht im klaren.“

„Na“, sagt der Hannoveraner, „das ist auch ein schwieriger Fall. Es gibt nämlich grammatische Zweifelsfälle; zu ihnen gehört auch „lehen“. Man könnte glauben, es müßte auch genügen zu sagen: Ich lehre dir Deutsch. Das kann auch unter Umständen richtig sein, nämlich dann, wenn ich mich vergeblich bemüht hätte, dich etwas zu lehren, meine Lehre auf dich hin gerichtet gewesen wäre, ohne dich zu erreichen, d. h. ohne dich zu belehren. Du gibst ja aber selber zu, daß ich dich belehrt habe, meine Lehre also nicht nur an dich herangereicht, sondern dich wirklich erreicht, erfasst hat; dann müßt du aber von ihr getroffen worden sein. Und unter diesem Umstand ist es ganz zweifellos, daß der vierte Fall (hier „mich“) richtig ist. —

Na, und du, Berliner, wie steht es mit dir?“, fragt nun der gelehrsame Hannoveraner den Berliner; „willst du mir deine Anerkennung versagen?“

„Bewahre, wie sollt ich denn,“ gibt der Berliner zurück, „det „mir“ und det „mich“ hat mir schon immer Schmerzen gemacht, hat mi — mich geschmerzt, um manchmal hatte ich ooch det bestimmte Gefühl, det id sagen müßte, meine Sprache hat mich geschmerzt, doch det klang mir immer zu sein und denn hab' id „mir“ gesagt, wo id mir sagen müßte, det „mich“ richtig ist. In allen Fällen wurde mir die Sache freilich nicht klar. Ich denke nun aber über alle Zweifel hinwegzukommen, mich über alle Zweifel hinwegsetzen zu können.“

„Das scheint man hoffen zu dürfen, du hast ja soeben schon richtiges Deutsch gesprochen,“ war die Antwort des Hannoveraners. „Na, vielleicht treffen wir uns wieder einmal, und wenn ihr dann noch Zweifel haben sehtet, so kann ich euch vielleicht weiter unterweisen. Verdaut aber erst gründlich das heute Gehörte und merkt:“

Jemand gab mir einen Schlag,
Ich ich gleich am Boden lag;
Ja, so heftig schlug er mich,
Daß mir Hör'n und Seh'n gleich wich.

Und wenn euch nun noch Zweifel bleiben,“ schloß der Hannoveraner seine Belehrung, „so paukt euch folgende Regel ein:“

Sag' ich „mir“, so geht's mich nur an,
Sag' ich „mich“, so trifft es mich.
„Mir“ und „Dir“ gilt mir und dir,
Doch es trifft nicht mich und dich.
Gilt ein Streich nur mir und dir,
Trifft er noch nicht mich und dich.
Nur wenn er erreicht sein Ziel,
Trifft er mich — auch dich — gleichviel.“

der Alten und Invaliden unseres Volkes höher getrieben werden, ist ein Ende der die deutsche Industrie aufs äußerste gefährdenden Teuerungswelle nicht abzusehen. Und er polemisiert nun gegen die Wechselwirkungen von Lohnerhöhungen und neuen Teuerungswellen, die zu einer immer stärkeren Papiergeldentwertung führen, die aber eine Lösung der sozialen Fragen natürlich nicht bringen. Er hat aber ein sicher wirkendes Mittel gegen die sozialen Misse. Er schlägt vor, eine „zentrale Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über einen allgemeinen Stillstand aller Korrektivlöhne und Preiserhöhungen zu bilden“.

Das sagt Geißler ausgerechnet in einem Augenblick, wo die deutsche Landwirtschaft sich weigert, das Umlagegetreide zu dem gefällig festgelegten Preis zu liefern, wo die Gefahr droht, daß der Brotpreis verdreifacht werden muß, weil die deutsche Landwirtschaft nicht auf die Weltmarktpreise verzichten will und wo die Preise aller Lebensbedürfnisse nicht täglich, sondern stündlich steigen.

Der Gelbenführer macht den weiteren Vorschlag, den Verbrauch zu verringern, um damit zu einer Einschränkung der preistreibenden Nachfrage zu kommen. Er hat vollständig recht. Gewöhnt sich der Prolet erst das Essen ab, dann braucht er keine Nahrungsmittel zu kaufen, und die Landwirte sitzen auf ihren Beständen fest, einfach fest und werden sie nicht mehr los. Bedingung ist nur, daß man dem Volk das Essen abgewöhnt. Geißler macht aber noch einen weiteren Vorschlag, und zwar sollen vor allem die Jugendlichen ihren Verbrauch einschränken. Dazu soll unter Mitwirkung der Betriebsräte ein Teil ihres Lohnes bis zur Verheiratung oder bis zu einem bestimmten Lebensalter aufgespart werden.

Wenn diese Maßnahmen durchgeführt sind, dann ist nach Geißler die deutsche Handelsbilanz wieder aktiv, die Mark wieder stabilisiert, unsere Industrie ist gerettet, und das tausendjährige Reich bricht an. Dann würden, so sagt Geißler, auch die unser Volk zerschlagenden Lohnkämpfe aufhören, das Volk würde nicht mehr zerklüftet sein und stände endlich wieder in einer vaterländischen Abwehrfront gegen die Entente. Um der Frechheit die Krone aufzusetzen, haben die gelben Verbände diese Vorschläge ihres Prääsidenten der Zentralarbeitsgemeinschaft zugesandt mit der dringlichen Aufforderung, unverzüglich die erwähnten Maßnahmen herbeizuführen.

Diese Annäherung der Gelben mag allen Arbeitern klarmachen, daß es gilt, die gelbe Sumpfpflanze in den Betrieben auszurotten. Dank der verrückten Taktik der Kommunisten gegen die Gewerkschaften glauben die Gelben, im trüben fischen zu können. Grund genug für alle Arbeiter, mit beiden Gewerkschaftszertifikaten gründlich auszuräumen und sich zusammenzufinden zum geschlossenen Gewerkschaftskampf gegen Ausbeutung und Auswucherung.

Die Nähgarnindustrie ernstlich gefährdet?

Der Nähfaden dürfte in der Preissteigerung allen anderen Artikeln des täglichen Bedarfs über sein. Der Einkaufspreis für Rohbaumwolle beträgt etwa das 700fache des Rohpreises, bei einem Dollarkurs von ca. 1700, der Arbeitslohn etwa das 100fache; doch der Nähfadenpreis beträgt das Tausendfache des Rohpreises. Kein Wunder, daß dem Reichswirtschaftsminister über die „Vertriebsgesellschaft deutscher Baumwoll-Nähfadenfabriken“ (Nähgarnvertrieb) wegen dieser außergewöhnlich hohen Preise Beschwerden zugehen. Der Reichswirtschaftsminister pflegt aber solche Beschwerden der sogenannten Kartelleinigungsstelle zu überweisen. Diese hat sich nun mit den Nähgarnpreisen beschäftigt. Ihr Urteil wird im „Konfektionär“ vom 21. September d. J. wiedergegeben. Die Schiedskommission, bestehend aus drei seitens des Einzelhandels und drei seitens der Industrie ernannten Beiratern, hat nach Kenntnisnahme des von beiden Parteien beigebrachten Materials einstimmig folgende Erklärung abgegeben:

„Sie hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Nähgarnindustrie ohne ernsthafte Gefährdung ihrer Existenz wegen der aus einer solchen resultierenden Folgen nicht in der Lage ist, von den gleitenden Preisen abzugehen, zumal der allergrößte Teil des Wertes ihrer Fabrikate in Rohstoffen liegt, die mittels fremder Devisen gekauft werden müssen. Andererseits wird mit aller Klarheit erkannt, daß der Einzelhandel bei den bestehenden gesetzlichen Vorschriften und einem Einkauf auf der labilen Basis gleitender Preise ruiniert wird, da er zurzeit der Hauptlieferant ist. Es wird deshalb nahegelegt, daß der Einzelhandel in Gemeinschaft mit der Industrie bei den maßgebenden Regierungsstellen mit allem Nachdruck an der Abschaffung dieser den gesamten Handel ruinierenden Bestimmungen wirkt und die Beseitigung der Preisereibereivordnung erstrebt, weil auch zuletzt die Konsumenten durch die Unsicherheit beim Einkauf der Kleinhändler in Mitleidenschaft gezogen werden und die heutige Auffassung der Regierungsstellen unweigerlich eine fortschreitende Vernichtung aller Betriebsmittel sowohl des Handels, als auch der Industrie zur Folge haben muß.“

Und der „Konfektionär“ begleitet den Schiedsspruch mit folgender weiser Bemerkung:

„Dieser Schiedsspruch beansprucht, zumal er von sämtlichen Schiedsrichtern einstimmig gefällt worden ist und die Autorität der Kartelleinigungsstelle von der Gesamtheit der in den Spitzenverbänden zusammengeschlossenen deutschen Industrie und des deutschen Handels, sowohl des Groß- wie des Einzelhandels, gestützt wird, die Beachtung aller Stellen, die in Befehlsgebung, Verwaltung und Rechtssprechung, und aller Interessenten, die im wirtschaftlichen oder öffentlichen Leben sich mit dieser Angelegenheit zu befassen haben.“

Die Kartelleinigungsstelle verlangt also Abschaffung der Preisereibereivordnung und bescheinigt Fabrikanten und Händlern, daß sie noch höhere Profite als bisher zu erzielen versuchen müssen. Und der „Konfektionär“ meint, daß das Beachtung verdiene. Andernfalls müßte, um mit dem Schiedsspruch zu reden, die Industrie und der Handel bei dem tausendfachen Vorkriegspreis für Nähgarn der Vernichtung entgegengeführt werden.

Für ein solches Urteil werden wohl nur die Interessenten der Industrie und des Handels Verständnis aufbringen können; die Verbraucher werden es nur mit Kopfschütteln entgegennehmen.

Betriebsräte und Funktionäre unserer Filiale gegen den Reichsbetriebsrätekongreß der Kommunisten.

Eine am 24. September in der „Harmonie“ in Reutlingen tagende, gut besuchte Betriebsräte- und Funktionärenkonferenz der Textilindustrie, Bezirk Reutlingen, nahm unter anderem Stellung zur wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft. Dem Referat des Kollegen Sigmund schloß sich eine lebhaft diskutierte an. An dem Aufbruch des 33. Nr. 38 unseres Fachblattes wurde scharfe Kritik geübt und eine Beteiligung am Reichsbetriebsrätekongreß gefordert. Von den Befürwortern des Reichsbetriebsrätekongresses wurde folgende Resolution vorgelegt:

„Das Ergebnis der Lohnverhandlungen zeigt von neuem, daß die Gewerkschaften mit den bis heute angewandten Kampfmethoden eine weitere Verelendung nicht verhindern können. In der Erkenntnis, daß es so nicht weitergehen kann, begrüßen die Betriebsräte der Reutlinger Textilindustrie und Umgebung das Vorgehen der Berliner Kollegen, besonders aber die Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses. Ihrerseits fordern die Delegierten der heutigen Betriebsrätekonferenz die Ortsverwaltung auf, sofort alle notwendigen Schritte zur Organisierung des Reichsbetriebsrätekongresses in die Wege zu leiten. Dazu muß in kurzer Zeit eine Betriebsrätevollversammlung für Reutlingen und Umgebung einberufen werden.“

Sigmund wandte sich gegen diese Resolution und stellte derselben nachstehende Entschlieung gegenüber:

I. „Um der herrschenden drückenden Not entgegenzusteuern, sowie in der Erkenntnis, daß Lohnerhöhungen allein nicht das wirksamste Mittel sind zur Besserung der Notlage der Arbeiterschaft, begrüßen die Betriebsräte und Funktionäre die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der ADGB, und den sozialistischen Parteien an die Reichsregierung und den Volkswirtschaftlichen Ausschuss gerichteten Forderungen.“

II. Die Betriebsräte und Funktionäre erklären ausdrücklich, daß sie jede Gemeinschaft mit der kommunistischen Taktik und dem in Aussicht genommenen Betriebsrätekongreß ablehnen.

III. Die Betriebsräte und Funktionäre erwarten, daß die Bundesvorstände und die sozialistischen Parteien allen Erstes für die Verwirklichung der Forderungen eintreten und erforderlichenfalls alle Maßnahmen treffen, die zu ihrer Unterstützung gegen die sich ergebenden Widerstände notwendig sind.“

Diese Entschlieung wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Der ADGB als „Arbeiterverräter“.

Die kommunistische Presse schwindelt weiter. In ihrem Kampf gegen die Gewerkschaften bedarf sie der starken Mittel. Daher verspricht sie sich sehr viel davon, wenn sie ihren Lesern begrifflich machen kann, daß der ADGB, Partner des Stinnes-Vertrages sei. Dieser Nachweis kann nicht gelingen, weil all dies Gerede und Geschreibe einfach nicht wahr ist. Die Behauptungen der verschiedenen „Roten Fahnen“ wurden sofort von den Gewerkschaften als erfunkener und erlogener Schwindel entlarvt. Das hält die braven Mostowiter natürlich nicht ab, erneut („Rote Fahne“ vom 21. September) zu schreiben: „Der Vorstand des ADGB, verhandelt in Wirklichkeit mit den französischen Ausbeutern über die Verwirklichung des Stinnes-Lubersac-Abkommens.“ Vor einigen Tagen meldete dieselbe „Rote Fahne“: Die französischen Bauarbeiter und der Architektenbund verhandelten über die Durchführung des Stinnes-Vertrages. Darin lag der Beweis, daß die „reformistischen“ Gewerkschaften die „Arbeiter verraten“. Es wurde sodann der Beweis geführt, daß diese beiden französischen Organisationen ultrakommunistische Organisationen sind, die völlig unter Mostauer Einfluß stehen. Damit war bewiesen, daß, wenn die Meldungen wahr waren, es sich um eine Zusammenarbeit der Kommunisten mit Stinnes handeln müßte. Diese kompromittierende Feststellung verschweigen die Kommunisten selbstverständlich den Arbeitern. Statt dessen muß die Tatsache, daß der französische „Aktionsausschuss für zerstörte Gebiete“ zurzeit wieder mit dem Vorstand des Verbandes sozialer Baubetriebe über die Wiederaufbaufragen verhandelt, dazu herhalten, den Vorstand des ADGB, des „Arbeiterverrats“ anzuklagen. Daß sich kein einsichtiger Gewerkschafter von dem hysterischen Geschrei der „Roten Fahne“ irremachen läßt, wissen die kommunistischen Drahtzieher; denn sie brauchten nur den gedruckten Bericht des Vorstandes des ADGB, an den Leipziger Gewerkschaftskongreß zur Hand zu nehmen. Dort finden sie auf Seite 116 bis 124 die eingehende Schilderung der jahrelangen Bemühungen der Gewerkschaften Deutschlands und Frankreichs in der Wiederaufbaufrage. Sie finden dort auch die Nachweise, warum die ununterbrochenen, jahrelangen Arbeiten scheiterten und warum sie trotzdem fortgesetzt werden. Jetzt, wo die Bemühungen fortgesetzt werden, nennen es die Kommunisten „Verrat an den Arbeitern“; auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß haben sie aber diese Tätigkeit der Gewerkschaften anerkannt. Es ist eben den Kommunisten nichts recht zu machen; sie sind nur zufrieden, wenn sie schimpfen können. Haben sie keine Ursache zum Schimpfen auf den ADGB, so laugen sie eine Lüge aus den Fingern und pauken drauf los.

Aus der Textilindustrie.

Vorübergehendes Textileinfuhrverbot nach Rußland. Die Kommission des Volkswirtschaftsministeriums für den Außenhandel hat, wie die „Textil-Woche“ erfährt, im Einvernehmen mit dem Obersten Rat für Volkswirtschaft, zeitweilig folgende Textilwaren für die Einfuhr aus dem Auslande in die Russische Föderative Sowjet-Republik verboten: Jute, Rohseide und gehebelte Jute, baumwollene Gewebe, rohe, gebleichte, merzerisierte, gefärbte, bedruckte, buntgewebe, aufgeraute, gekreppte, broschierte, mit Ausnahme spezieller technischer Gewebe: Seide, Stride und Bindfäden; Gewebe aus Jute, Glas, Hanf, Leppich, Möbel-, Kleiderstoffe und Stoffe für den Tischgebrauch; rohe, gefärbte, bedruckte und buntgewebe Leinengewebe; seidene und halbseidene Gewebe und Tüllstoffe, mit Ausnahme spezieller technischer Gewebe; wollene Filze und Stoffe, wollene Gewebe und wollene Teppiche, mit Ausnahme spezieller technischer Gewebe; gestrickte und geflochtene Waren, Polamentierwaren, Tülle, Spitzen und Stidereien.

Die Lohndifferenzen bei der Tuchfabrik Genrich in Brandenburg sind (bis zu den nächsten Zwischenfällen) durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 14. September beigelegt worden. Da Herr Genrich den Affordweberinnen nicht den tarifmäßigen Affordlohn gezahlt hatte, hat auf Antrag des Textilarbeiterverbandes der Schlichtungsausschuss dahin entschieden, daß auf sämtliche Löhne, die Ende August von der Firma gezahlt wurden, eine 50prozentige Lohnerhöhung hinzutritt. Eine zweite Streitfrage, die die Ferien betraf, wurde am 14. Tage verlagert, weil der Betriebsleiter der Firma in Ferien ist. Es wird sich bei seiner Rückkehr zeigen, ob er die Absicht hat, die Arbeiterchaft um ihre Ferien zu bringen oder ob er zu dem Ferienabkommen steht, das seinerzeit bei der Beendigung des Streits mit der Arbeiterchaft abgeschlossen worden ist.

Der Außenhandel in Textilien im 1. Halbjahr 1922.

Warenkategorien	Einfuhr				Ausfuhr			
	1. Halbjahr 1922		1. Halbjahr 1913		1. Halbjahr 1922		1. Halbjahr 1913	
	Menge in 1000 dz	Wert in Mill. M.	Menge in 1000 dz	Wert in Mill. M.	Menge in 1000 dz	Wert in Mill. M.	Menge in 1000 dz	Wert in Mill. M.
Rohstoffe:								
Wolle u. a. Tierhaare	1412,4	13 133,6	1 570,7	84,2	1 348,5	286,1		
Rohbaumwolle	1 687,6	10 578,2	2 891,3	260,2	1 740,2	534,6		
Flachs, Hanf, Jute usw.	957,4	2 557,8	2 081,7	17,5	68,6	415,8		
Rohseide u. Florettseide	12,4	3 176,1	31,6	1,3	142,9	7,5		
Garnen aus:	4 019,8	29 446,7	6 525,8	363,2	3 300,2	1 244,0		
Wolle u. a. Tierhaaren	77,2	2 332,0	125,0	28,8	1 424,4	63,1		
Baumwolle	229,1	5 527,2	179,5	19,8	846,9	80,0		
Flachs, Hanf, Jute usw.	51,1	439,2	174,3	17,5	174,9	59,3		
Kunst- u. Florettseide	11,6	1 080,2	20,2	5,9	443,6	8,1		
Fertigwaren aus:	369,0	9 378,6	490,0	72,0	2 359,8	210,5		
Wolle u. a. Tierhaaren	19,0	810,1	21,7	73,3	3 667,7	148,6		
Baumwolle	131,4	4 409,5	55,8	147,2	6 440,4	310,1		
Flachs, Hanf, Jute usw.	19,8	72,7	29,9	90,0	603,9	53,6		
Seide	1,4	413,0	5,1	29,0	3 950,8	51,1		
Kleidung und Wäsche	0,5	43,8	3,3	44,1	3 452,8	50,5		
Insgesamt	172,1	5 749,1	115,8	383,6	18 115,6	613,9		
Insgesamt	4 560,9	44 573,4	7 140,1	818,8	23 805,6	2 068,4		

Der Anteil der Textilien an der Einfuhr betrug im 1. Halbjahr 1913 19 Proz., im gleichen Zeitraum d. J. 1922 31 Proz. Die Ausfuhr stellte sich auf 15 bzw. 18 Proz. Die Bedeutung der Textilindustrie im Rahmen des Außenhandels ist demnach nicht unbedeutend gestiegen. Ein Vergleich mit den ersten 6 Monaten des Vor-

jahrs ließ sich nicht durchführen, da die Ausfuhrzahlen für die Monate Januar-April 1921 noch nicht aufgearbeitet worden sind.

Auffallend ist bei der Einfuhr vor allem dreierlei: 1. der starke Rückgang der Rohstoffeinfuhr, 2. die Zunahme der Einfuhr von Baumwollgarn und 3. die stark vermehrte Einfuhr von Baumwollwaren.

Der Rückgang der Einfuhr von Rohstoffen um 39 Proz. gegenüber 1913 erklärt sich einestheils aus dem Rückgang der Bedeutung der deutschen Rohstoffmärkte für die östlichen und südöstlichen Länder, ferner aus der Abtrennung Elsaß-Lothringens mit seiner Textilindustrie, und vor allem aus der nicht vollen Beschäftigung der deutschen Industrie selbst. Am 31. Juli 1921 waren beispielsweise von 8,7 Mill. Baumwollspindeln, über die berichtet wurde (9,4 Mill. wurden als vorhanden geschätzt), nur etwas über 7 Mill. in Tätigkeit. Im allgemeinen dürfte sich die Beschäftigung allerdings gegenüber dem Vorjahr etwas verbessert haben. Jedenfalls ist die Einfuhr von Rohstoffen fast durchweg wieder in Zunahme begriffen. Es wurden im ersten Halbjahr 1922 eingeführt (in 1000 Doppelzentnern):

Monat	Wolle u. a. Tierh.	Baumw.	Flachs, Hanf u. Florettseide	Rohseide	Zusammen
Januar	117,9	250,0	139,8	1,7	509,4
Februar	276,7	192,5	78,4	2,0	539,6
März	293,9	283,4	156,1	1,9	735,3
April	268,9	316,4	189,6	2,3	777,2
Mai	273,3	323,2	187,4	2,6	791,5
Juni	176,7	272,1	206,1	1,9	656,8

Eine gewisse steigende Tendenz ist trotz der Zufälligkeiten, die das Ergebnis der einzelnen Monate beeinflussen, unverkennbar.

Die starke Zunahme der Einfuhr von Baumwollgarn und Baumwollwaren ist vor allem auf die auf Grund des Friedensvertrages zollfrei aus dem Elsaß erfolgende Einfuhr zurückzuführen. Das einseitig von der französischen Regierung aufgestellte Jahreskontingent beträgt für Baumwollgarn 162 000 Doppelzentner, für Baumwollgewebe 450 075 Doppelzentner. Die Einfuhr an Baumwollgarn aus Elsaß-Lothringen stellte sich im 1. Halbjahr auf ungefähr 33 000 Doppelzentner, die von Baumwollgeweben auf nahezu 70 000 Doppelzentner. Wenn die Einfuhr nicht noch größer gewesen ist, so liegt das an der Entwicklung des Marktkurses. Die gelegentliche Befestigung der Mark und die starke Beschäftigung der deutschen Spinnereien und Webereien hat zeitweise auch zu erheblichen Lieferungen des übrigen Auslands geführt.

Auch die Einfuhrhöhe anderer Textilien wird stark durch die Einfuhr aus Elsaß-Lothringen beeinflusst, so z. B. die Einfuhr von Wollwaren. Von den 19 000 Doppelzentnern, die in den ersten sechs Monaten eingeführt wurden, kamen allein 13 370 Doppelzentner Kleiderstoffe und andere Wollgewebe aus dem Elsaß, das für diese Waren ein Einfuhrkontingent von 640 000 Doppelzentnern besitzt.

Die Ausfuhr hat ebenfalls bei weitem nicht die Vorkriegeshöhe erreicht, wenn auch im Vergleich zur Gesamtausfuhr eine Zunahme eingetreten ist. Die Ausfuhr von Rohstoffen im 1. Halbjahr 1922 betrug nur 29 Proz. der Ausfuhr vom Jahre 1913. Allerdings ist auch hier ein langsames Steigen festzustellen, das fast ganz auf die Aufkäufe der tschechoslowakischen Textilindustrie an den Bremer und Hamburger Börsen zurückzuführen und ein erfreuliches Zeichen des wieder zunehmenden deutschen Zwischenhandels ist.

Auch Garne, die in Höhe von 34 Proz. des Jahres 1913 ausgeführt wurden, gingen in größeren Mengen in die Tschechoslowakei; zum Teil wurden sie auch nach einer Veredelung in hochvalutarische Länder (u. a. Wollgarn nach Schweden und Baumwollgarn nach Holland) ausgeführt.

Die Ausfuhr von Fertigwaren hat ebenfalls die Friedenshöhe bei weitem nicht erreicht. Sie blieb in diesem Halbjahre noch um 38 Proz. hinter der von 1913 zurück. Auffallend ist nur die Zunahme der Ausfuhr von Waren aus Flachs, Hanf, Jute usw. um 36 300 Doppelzentner. Es ist da vor allem die stark erhöhte Ausfuhr von Teppichen aus Kotosafarn, Jute usw. und Jutejacken nach Holland und Schweden zu erwähnen.

Im Laufe dieses Jahres ist auch bei einer Reihe anderer Fertigwaren eine gewisse Steigerung wahrzunehmen. Es wurden ausgeführt (in 1000 Doppelzentnern):

Monat	Seide	Wolle aus	Baumw.	Flachs u. Wäsche	Zusammen
Januar	4,0	11,3	20,7	18,8	6,1
Februar	4,3	11,0	18,7	7,4	48,8
März	4,1	13,7	26,4	5,6	58,2
April	5,0	11,3	20,1	15,1	7,8
Mai	6,0	11,9	31,8	25,3	7,0
Juni	5,6	14,1	29,5	17,8	7,4

Aber die Zunahme ist nur gering. Sie entspricht jedenfalls bei weitem nicht dem Anreize, der von dem Rückgange der Mark ausgegangen ist.

Die Veränderungen, die im Außenhandel mit Textilien bisher bereits gegenüber 1913 stattgefunden haben — verhältnismäßige Zunahme der Einfuhr von Halb- und Fertigzeugnissen bei starkem Rückgang der Ausfuhr — haben die Zahlungsbilanz bereits sehr ungünstig beeinflusst. Während im Jahre 1913 der Ueberschuß der Gesamteinfuhr von Textilien über die Ausfuhr nur 0,3 Milliarden Mark betrug, d. i. etwa 50 Proz. der Passivität der Handelsbilanz, geht jetzt der Ueberschuß der Textileinfuhr weit über den Passivsaldo der Handelsbilanz hinaus. Die Mehreinfuhr an Textilien betrug im 1. Halbjahr 1922: 20,8 Milliarden Mark; der Passivsaldo der Handelsbilanz stellte sich dagegen auf „nur“ 12,1 Milliarden Mark.

(Aus „Wirtschaft und Statistik“, herausgegeben vom Statist. Reichsamt.)

Soziale Rundschau.

Lehrstellenvermittlung, Vermittlung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in Charlottenburg.

Das städtische Berufsamt, einschließlich Lehrstellenvermittlung, sowie die Vermittlung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 14—18 Jahren des Bezirksamts VII befindet sich vom 11. September dieses Jahres ab Charlottenburg, Bismarckstraße 50, 1 Tr. Die Sprechstunden für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung sind werktäglich von 9 bis 1 Uhr. Sonnabends geschlossen. Die Vermittlung jugendlicher findet statt: Knaben: vormittags von 8—9 Uhr, nachmittags von 12—1 Uhr; Mädchen: vormittags von 10—11 Uhr, nachmittags von 12—1/3 Uhr. Fernsprechanruf: Amt Wilhelm 7300—7303.

Mindestlöhne für Heimarbeiterinnen in Frankreich.

Das Gesetz vom 15. Juli 1915 über den Mindestlohn für Heimarbeiterinnen in der Bekleidungsindustrie sieht vor, daß seine Bestimmungen nach der Ansicht des Obersten Rats der Arbeit und Kraft einer öffentlichen Verwaltungsordnung auch angewandt werden können auf anderen Industrien angehörige Heimarbeiterinnen. Der Arbeitsminister Peyronnet hat nun ein Rundschreiben verfaßt, das die Verordnung vom 10. August 1922 auslegt, welche zum erstenmal seit Einführung des Gesetzes von dieser Freiheit Gebrauch macht. Einerseits macht die Verordnung jedem Streit ein Ende, indem sie genau angibt, daß das Gesetz nicht allein Anwendung findet auf Bekleidungsarbeiten, sondern auch auf Ergänzungsarbeiten dazu, wie Hosenträger, Strumpfbänder, Krawatten, Bürtel usw., wie auf Arbeiten der Näherei, Wäsche, Stiderei aller Arten und aller Materialien, auf Federn und künstliche Blumen, gleichviel ob diese Arbeiten für die Kleidung bestimmt sind oder nicht. So fallen unter das Gesetz alle Wäschearbeiten, mag es sich um Leib-, Tisch-, Haus-, Wirtschaftswäsche oder um jede andere handeln. Gleichfalls sind alle Arbeiten der Hausnäherei (Hand- oder Maschinennäherei) ins Auge gefaßt, ob es sich um Konfektion von Kleidung oder von Säcken, Brotbeuteln, Zelten, Hausrat, Armbinden, Masken usw., oder um

Näharbeiten oder Endarbeiten an Stickereien handelt. Andererseits erstreckt sich die Verordnung, auf die Förderung der Berufsorganisationen hin, auf die Anwendung des Gesetzes auf die Strickarbeiten und die Wirtarbeiten, auf Kreuze und Medaillen und Artikel der Bijouterie, Regenschirme oder ähnliches und auf „Erlaß“ oder Faltschirme, auf die Konfektion und Reparatur von Stickerei mit der Nadel, auf Perlenarbeiten und dergleichen Materialien wie Blumen, Blätter usw., Kolliers, Fransen, Teppiche und Möblierte. Was die Stickerei betrifft, so erklärt das Rundschreiben, daß alle Arbeiten, die aus dieser Industrie hervorgehen, wenn sie in der Wohnung der Arbeiterin ausgeführt werden, grundsätzlich von der Verordnung betroffen werden, außer wenn diese Arbeiten durch Heimarbeiterinnen ausgeführt werden, die direkt und ohne Vermittlung durch den Industriellen beschäftigt werden, der die Gewerbe in seinem Betriebe anfertigen ließ, und wenn sie den Zweck haben, das Produkt in Verkaufszustand zu bringen. Diese Ausnahme fällt aber weg, wenn sich ein Drittel der Unternehmer und der Arbeiterinnen gegen sie wendet.

Zur Förderung des Kleinwohnungsbaus.

Aus dem Reichsarbeitsministerium schreibt man uns: Zur Prüfung der Fragen, wie der Wohnungsbau weiterhin zu finanzieren ist und welche Maßnahmen erforderlich sind, um eine sparsamere Verwendung der öffentlichen Mittel für den Kleinwohnungsbaus zu sichern, hat in der Zeit vom 4. bis 12. September ein vom Wohnungsausschuß des Reichstags eingesetzter Unterausschuß getagt. Zu den Beratungen waren außer den beteiligten Dienststellen Sachverständige aus den in Betracht kommenden Kreisen des Wohnungsbaus und der Bauwirtschaft herangezogen. Nach eingehenden Beratungen hat der Unterausschuß sich dahin entschieden, daß an der Finanzierung des Wohnungsbaus in der bisherigen Weise grundsätzlich festzuhalten und hierzu die Wohnungsabgabe als hauptsächlichste Kapitalquelle weiter auszubauen sei unter möglicher Wahrung der sozialen Gesichtspunkte. Die Mehrheit der Ausschußmitglieder war der Ansicht, daß die bisherige Bewirtschaftungsform des Wohnungsbaus beibehalten werden müsse. Auch die Frage, in welchem Umfang noch vorhandener Raum zum Ausbau von Wohnungen herangezogen werden kann, wurde untersucht. Eine besonders eingehende Aussprache fand über die Fragen der Bauwirtschaft statt, vor allem darüber, wie von Verbrauchertreibern auf die Herstellung, Verteilung und Preisgestaltung der Baustoffe Einfluß gewonnen werden könnte. Das Ergebnis der Beratungen des Unterausschusses soll nunmehr zunächst dem Wohnungsausschuß des Reichstages vorgelegt werden, der sodann darüber Beschluß fassen wird, welche Maßnahmen dem Reichstag zur Durchführung empfohlen werden können.

Reichsversicherung für Angestellte.

Die Versicherungsgrenze ist auf 300 000 Mark festgelegt worden. Die Änderung trat schon am 1. September in Kraft. Eine Änderung der bisherigen Gehalts- und Beitragsklassen ist nicht erfolgt; also ist bei einem Jahresarbeitsverdienst von 75 000 bis 300 000 Mk. ein Beitrag in der bisherigen Klasse P von monatlich 110 Mk., also je 55 Mk. für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zu leisten. Da die Verordnung, wie schon erwähnt, vom 1. September ab gilt, mußten die Abzüge erstmalig bei der Gehaltszahlung ultimo des vorigen Monats in Erscheinung treten.

Für die jetzt unter das Versicherungsgesetz fallenden Arbeitnehmer älterer Jahrgänge dürfte es von Interesse sein, zu hören, daß das Gesetz vom Dezember 1911 eine Bestimmung enthält, die unter gewissen Voraussetzungen eine Befreiung von der Versicherung zuläßt. Angestellte, die am 1. September 1922 älter als 25 Jahre waren, können auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit werden, wenn ihnen die Verkürzung der Wartezeit nicht gestattet wird oder aus einem anderen Grunde unmöglich ist. Anträge in diesem Sinne sind an die Reichsversicherungsanstalt, Hohenzollerndamm 193/195, Berlin-Wilmersdorf, zu richten, nähere Auskünfte werden von den Ortsausschüssen, in Berlin vom Ortsausschuß Flottwellstraße 4, erteilt.

Für die Wiederverpflichteten, d. h. solche Angestellten, die bereits versicherungspflichtig waren, wegen Erhöhung ihres Jahresarbeitsverdienstes aber früher aus der Versicherungspflicht ausgeschieden und nun durch Erhöhung der Grenze wieder versicherungspflichtig geworden sind, werden die Kalendermonate der Zwischenzeit als Ersatzzeit für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft angerechnet, d. h., die zwischen dem Austritt und dem Wiedereintritt in die Versicherung liegende Zeit läßt die früher erworbene Anwartschaft ohne weiteres wieder aufleben.

Die Industriekrise in der Tschechoslowakei.

hervorgehoben grähtenteils durch die Steigerung der tschechischen Krone, die in Zürich jetzt fast so hoch wie die italienische Lire notiert wird, während sie vor einem Jahre erst kaum ein Fünftel der Lirenotierung erreichte, hat zu einer Massenarbeitslosigkeit geführt. Nach verschiedenen Meldungen berechnet man die Zahl der Arbeitslosen mit ihren Familien schon mit annähernd 600 000. Die Glasindustrie Nordböhmens vor allem steht vor dem Zusammenbrüche. Die gesamte Arbeiterschaft, die noch in Arbeit stand (13 000 waren schon arbeitslos, 20 000 arbeiteten Kurzarbeit), wurde ausgespart. Ähnlich ist es in der Lederindustrie. Immer schlechter gestalten sich die Verhältnisse auch in der Textilindustrie. Gegenwärtig dürfte es ungefähr 60 000 arbeitslose Textilarbeiter geben. In Nordböhmen steht eine allgemeine Ausrüstung bevor, da die Arbeiterschaft bei den teuren Lebenskosten eine weitere Lohnverkürzung nicht hinnehmen will. 6000 Arbeiter in Reichenberg und Umgebung sind schon ausgespart. Wie wir berichteten, werden gegenwärtig in Nordböhmen Durchschnittslöhne von 1—1,50 tschechoslowakischen Kronen gezahlt. Die tschechoslowakischen Textilarbeiter erhalten also ungefähr in Geld so viel oder nicht viel mehr wie die deutschen Textilarbeiter, was bei den tschechoslowakischen Preisen einen noch geringeren Reallohn darstellt als den deutschen.

Zum internationalen Zusammenschluß der Baugilden.

Der Vorstand der Siedlungs-, Wohnungs- und Baugilde Österreichs unterbreitet der ersten Internationalen Baugildentagung, die am 4. Oktober in Wien stattfinden wird, einen Vorschlag zur Gründung einer Internationalen Baugildengenossenschaft. Deren Zweck soll sein: 1. Verständigung aller Reichsgilden (Landesgilden) und verwandter Zentralorganisationen über Organisation und Tätigkeit der einzelnen Gilden sowie über ihre bauwirtschaftlichen Erfolge. 2. Ausfunfterteilung. 3. Förderung wirtschaftlicher und finanzieller Beziehungen zwischen den Zentralorganisationen einzelner Länder. 4. Einleitung einer internationalen Propaganda für die Baugildenorganisation und die Gildenorganisation überhaupt.

Gesundheitswesen.

Gesundheitschutz bei Eheschließungen.

Ueber Gesundheitschutz bei Eheschließungen macht Oberarzt Dr. Henze von der Landesheilanstalt BERNBURG in der „Politisch-Anthropologischen Monatschrift“ verschiedene Vorschläge. Er begründet und erläutert die Forderung eines Gesetzes über den Gesundheitschutz bei der Eheschließung als eines wichtigen Stückes unter den Mitteln zur Wiederaufrichtung unseres Volkes. Es handelt sich dabei vor allem um die Bestellung von Fürsorgeärzten für unentgeltliche Untersuchung und Katerieilung in Eheschließungsfragen und Ausstellung und Hinterlegung (auf dem Standesamt) von Gesundheitszeugnissen von Ehebewerbern, worin das

Vorliegen übertragbarer oder vererbbarer Krankheiten oder von Zuständen, die eine Keimschädigung bewirken können, eingehend aufzuführen wäre. Den Hauptwert einer solchen Einrichtung sieht der Verfasser selbst nicht in erster Linie in einem Zwang, sondern vor allem in der allgemeinen gesundheitlichen Bewusstseinsbildung und -schränkung auf so wichtigen Gebieten wie dem der Geschlechtskrankheiten und der Alkoholfrage. „Wir müssen vielmehr lernen, uns nicht nur als Einzelmenschen, sondern als Mitglieder unseres Volkes zu fühlen. Wenn wir uns auch durch leichte Krankheitszustände oder -anlagen nicht zu sehr bedrücken lassen sollen, so müssen wir um so entschiedener und bewusster die Eheuntüchtigkeit Schwerkranke und Schwerbelasteter aussprechen. Dazu rechne ich in erster Linie Angehörige von Familien, in denen viele Geisteskrankheiten vorkommen, ferner Tuberkulose und mit aller Entschiedenheit Geschlechtsfranke und Alkoholiker.“ Der Trinker z. B. liefert häufig seine Familie dem Verkommen und der Entartung aus, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch dadurch, daß er seiner Nachkommenschaft eine Keimverderbnis mit auf den Weg gebe.

Gerichtliches.

Das Unternehmen muß zahlen.

Langsam aber sicher wird und muß die Arbeiterschaft zu dem erhofften Ziele kommen, so sagte sich auch die Arbeiterschaft der Firma Kummerle in Brandenburg a. d. H. bei einer Klage vor dem Gewerbegericht dort. Im Juni versagte eines Tages ein Kolben der Wasserpumpe, so daß in einer Abteilung der Kammgarnspinnerei mehr als 200 Personen in ihrer Arbeit behindert wurden und nach Haus gehen konnten. Die betreffende Arbeiterschaft wurde nachmittags um 1 Uhr wieder zur Arbeit bestellt, mußte aber wieder umkehren, da die Reparatur noch nicht beendet war. Da die Firma sich weigerte, der Arbeiterschaft den Schaden zu ersetzen, so wurde erst für einen kleinen Teil der Geschädigten die Klage vor dem Gewerbegericht erhoben. Diese Klage mußte wahrscheinlich eine lange Zeit erst auf dem Rathause lagern, wie eine frische Zigarre, um endlich am 1. September 1922 zur Verhandlung zu kommen. Die Klage lautete auf 5 Stunden Lohnschädigung. Der Betriebsleiter der Firma sowie der Syndikus des Fabrikantenvereins wollten so eine Betriebsstörung als höhere Gewalt hinstellen, während die Vertretung der Arbeiterschaft nur die Firma verantwortlich für ihre Maschinen machte. Der Syndikus brachte eine Menge Urteile aus aller Welt, wonach die Arbeiterschaft in solchen Sachen Unrecht bekommen haben soll, aber es nützte alles nichts, der Arbeitgeber muß bezahlen, wenn man die Arbeiterschaft zur Arbeit kommen läßt und sie dann nicht arbeiten kann und die höhere Gewalt dafür nicht verantwortlich machen kann. Das Urteil, welches am 12. September 1922 ausgefertigt wurde (so was muß auch viel Zeit haben), ist rechtskräftig, und die Firma wird den entgangenen Arbeitsverdienst entschädigen müssen. Durch die monatelange Verschleppung hat allerdings die Arbeiterschaft noch den Schaden, daß der Stundenlohn vom Juni bezahlt wird, was bei der steigenden Geldentwertung nicht mehr so wichtig ist, als daß die Arbeiterschaft Recht bekommen hat. Der Betriebsleiter erklärte allerdings unserem Geschäftsführer, Kollegen Dreher, wenn wieder einmal so eine Betriebsstörung von längerer Dauer stattfindet, werde die betreffende Arbeiterschaft dann entlassen werden, um keine Ansprüche stellen zu können. Also, Kollegen und Kolleginnen, die Firma E. Kummerle, welche im vorigen Jahr mehr als 20 Millionen Mark Reinertrag von der Arbeiterschaft erhalten hat, soll noch mehr geschont werden, um sich noch reicher und die Arbeiterschaft noch ärmer zu machen als sie es schon ist. Deswegen: die Augen auf! Steht geschlossen zusammen, damit die Bäume des Kapitalismus nicht in den Himmel wachsen.

Vermischtes.

Pfarrer Hohoff und die Gewerkschaften.

Dem „Vorwärts“ entnehmen wir folgende Notiz: „Der jetzt über 70 Jahre alte katholische Pfarrer Hohoff ist namentlich in seiner westfälischen Heimat als Verteidiger eines christlichen Sozialismus allgemein bekannt. Gegen ihn und seine Lehre hat einst August Bebel eine auch heute noch verbreitete Streifschrift gerichtet. Jetzt macht das „Bischöfliche Generalvikariat“ von Paderborn bekannt:

„Die Fälle mehrten sich, daß Angehörige der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, sich auf Pastor Hohoff in Paderborn berufend, Katholiken für den Eintritt in die Freien Gewerkschaften und in die Sozialdemokratische Partei werden. An dem Verhalten des Pastors Hohoff könne man erkennen, daß es den Katholiken erlaubt sei, diesen Organisationen anzugehören. — Pastor Hohoff erklärt zwar, daß er der Sozialdemokratischen Partei nicht angehöre. Sein gesamtes Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber veranlaßt aber viele Sozialdemokraten, ihn für sich in Anspruch zu nehmen und bei der Werbung von Angehörigen sich auf ihn zu berufen. In katholischen Kreisen wirkt das zum Teil ärgerniserregend, zum Teil verwirrend. Wir mißbilligen es scharf, daß ein katholischer Geistlicher es ruhig ansieht, daß unter Berufung auf ihn Katholiken in Organisationen eintreten, in denen sie ernstlichen Gefahren für ihren Glauben ausgesetzt sind und sehen uns genötigt, die Katholiken vor dem Anschluß an die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei nachdrücklich zu warnen.“

Die Weltfremdheit der geistlichen Instanzen spiegelt sich auch in diesem Erlaß wieder. Was soll der alte Pfarrer denn eigentlich tun, um solcher Mißbilligung zu entgehen? Er kann doch nicht mehr wie ein heißporziger Kaplan auftreten. Wollte man einem katholischen Arbeiter den Beitritt zur freien Gewerkschaft von der Kirche aus verbieten, könnte sehr leicht die umgekehrte Wirkung eintreten. Es zeugt aber auch nicht von großem Vertrauen zur Glaubensstärke der Arbeiter, wenn man ihren Glauben gefährdet hält durch den Eintritt in die freie Gewerkschaft. Die Gewerkschaften sind tolerant genug, katholische Arbeiter wie alle anderen aufzunehmen. Und viele katholische Arbeiter sind vernünftig genug, ihre wirtschaftliche Interessenvertretung in der freien Gewerkschaft zu suchen.“

Berichte aus Fachkreisen.

Duisburg. Seiler, Achtung! Die hiesige Seilerei von Hohenstein Söhne zahlt ihren Gehilfen noch Stundenlöhne von 27 bis 32,50 Mk. Die auswärtigen Seiler wollen das im Auge behalten. **Ettlingen im Albta.** In dem großen Betriebe der Spinnerei und Weberei Ettlingen verfuhr der Herr Direktor Dr. Bäuerle einem Teil der Arbeiterschaft auf recht eigenartige Weise über die gegenwärtige Notlage hinwegzuhelfen. Der Lohn in dem dortigen Betriebe betrug ab 1. September d. J. für einen Textilarbeiter (Tageelöhner) pro Stunde 38 Mk., für einen Metallarbeiter (Tageelöhner) pro Stunde 74,50 Mk., in ein und demselben Betriebe. Naturgemäß verlangen die Textilarbeiter einen Ausgleich zwischen den oben angeführten Zahlen. Nach langem Hin und Her erklärten die Arbeitgeber, den Textilarbeitern pro Stunde 2 Mk. zuzulegen. Dieses wurde abgelehnt, weil von den Textilarbeitern die Differenz von 34,50 Mk. pro Stunde als zu groß betrachtet wurde. Als nun nach Bekanntwerden dieses Angebots ein Teil der Arbeiterschaft die Arbeit einstellte, ließ man diese Leute Tags darauf ins Bureau rufen; dort wurde ihnen von besagtem Herrn erklärt, wenn sie um diesen Lohn nicht arbeiten wollten, sollten sie sich nach einem anderen Geschäft umsehen. „Maschinen abstellen gibt es nicht“, sonst müßten die Betroffenen in Zukunft die Folgen tragen.

Jener Herr dürfte die Rechnung ohne die Belegschaft gemacht haben. Sollte versucht werden, die gerechten Forderungen der Textilarbeiter des Albtals aus der Welt zu schaffen, dann mögen sich jene Herren an die Brust schlagen, wenn der mühselig bewahrte Wirtschaftsfrieden im Albtal schließlich doch in die Brüche geht.

Kassel. Ein Verbandsjubiläum. Unser Kollege Wilhelm Döller war am 25. September 25 Jahre Mitglied unseres Verbandes. Der Jubilar stand immer mit in den vordersten Kampfereihen; besonders war er viele Jahre als Betriebskassierer für unsere Organisation tätig. Als Mitglied der Ortsverwaltung dient er auch heute noch in körperlicher Frische und Gesundheit der Textilarbeiter-schaft. Dem wackeren Jubilar die besten Glückwünsche!

Literatur.

„Kommentar zum Arbeitsnachweisgesetz.“ Von Dr. Berger, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, und W. Donau, Regierungsrat im Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Der Reichstag hat am 13. Juli das Arbeitsnachweisgesetz angenommen, das am 1. Oktober 1922 in Kraft tritt. Damit ist das Arbeitsnachweiswesen auf reichsrechtliche Grundlage gestellt worden. Im einzelnen sind, entsprechend dem Zustandekommen des Gesetzes als Kompromiß nach schwierigen Verhandlungen und Kämpfen, Rechte und Pflichten daraus auf Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Behörden verteilt. Richtiges Erfassen der Rechtslage durch alle Beteiligten ist Voraussetzung dafür, daß das Gesetz ein wirklicher Fortschritt wird. Insbesondere müssen die Organisationen der Arbeitnehmer, die an der im Gesetz vorgesehenen Selbstverwaltung teilnehmen, bereits vor Eintritt des Gesetzes wie während der Amtsführung das Maß ihrer Rechte und Pflichten und die Praxis der Arbeitsvermittlung gründlich kennen. Diese Kenntnis will der „Berger-Donau“ vermitteln. Fachmann und Jurist wirken darin zusammen. Außer dem Text des Gesetzes selbst, der in all seinen rechtlichen und sachlichen Zusammenhängen erläutert ist, enthält das Buch alle wichtigen Neben- und Ausführungsbestimmungen über Arbeitsnachweis und Erwerbsloshilfe, ein Verzeichnis aller Arbeitsnachweisämter usw. Das Buch wird vor Inkrafttreten des Gesetzes erscheinen, etwa 200 Seiten Großtafel umfassen und bei Vorbestellung bis zum 1. September 1922 zu einem um mindestens 10 Proz. ermäßigten Subskriptionspreis abgegeben. Der Ladenpreis wird ungefähr 80 Mk. betragen. Vorbestellungen auf dieses für Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Behörden, Gewerkschaftler und Betriebsräte in Betracht kommende außerordentlich wichtige Buch nimmt jede Volksbuchhandlung oder der Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, entgegen.

„Die Rheinlande in der Franzosenzeit.“ Ein neues Geschichtswerk von Dr. Alexander Conrad, das zu der in den letzten Jahren wieder aufgerollten Rheinfrage in strenger Sachlichkeit Stellung nimmt. (Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW. 68, Ladenpreis brosch. 200 Mk., geb. 300 Mk.)

Dr. O. Hauser: Die Urweltentwicklung der Menschheit. — Der Aufstieg der ältesten Kultur. — Urmittelzeit. — Gebräuche der Urzeit. Vier Schriften für die proletarische Jugend. Verlag: Buchhandlung „Freiheit“ G. m. b. H., Berlin SW. 61, Urbanstr. 7.

Briefkasten.

J. in B. Adresse lautet: Allgemeinen Nederlandsche Bond van Textielarbeiders, Amsterdam, 2e Helmersstraat 36.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 8. Oktober, ist der 40. Wochenbeitrag fällig.

Lauf Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Geschäftsführer gesucht!

Für die Geschäftsstellen Börslich i. Schl. Alm i. B. und für die Filiale Eisenstod i. Erzgeb. wird ein Geschäftsführer gesucht. Mit dem Verband leben vertraut und für die Posten befähigte Kollegen und Kolleginnen wollen sich mit einem selbst verfaßten und handschriftlich selbst geschriebenen Aufsatz über ihren Lebenslauf und die Aufgaben eines Geschäftsführers um diese Stellen bewerben. Das Bewerbungsschreiben muß mit dem Kennwort „Bewerbung“ versehen sein und spätestens bis 13. Oktober d. J. an den Verbandsvorstand, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7, eingereicht werden.

Bedingungen: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung. Gegenwärtig gezahlte Beitragsklasse ist anzugeben. Ferner sind Angaben zu machen über politische Organisationszugehörigkeit. Coll. Zeugnisse wollen man nur in Abschrift beifügen. Gehalt bemißt sich nach den Beschlüssen der vom Beirat eingesetzten Kommission vom August 1922. Das erste Dienstjahr gilt als Probejahr. Während desselben ist beiderseitig vierwöchige Kündigung zulässig. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau Hannover. Stadt-hagen. (Neu.) V: Oswald Heinsch. K: Heinrich Groß, Nordstr. 6a. Barel in Oldenburg. (Neu.) V: Hugo Rickland, Osterstr. 68. K: Bernhard Rarwert, Iwenhörn 47. Gau Stuttgart. Gauleiter: Ferdinand Hofsta, Cannstätt, Schmidenerstr. 34. Telefon Amt Cannstätt Nr. 693. Bempflingen Ab 1. 10. mit Urach verschmolzen. Mßlingen ist mit Reutlingen verschmolzen.

Urach. V: Wilhelm Gestehr, Weber. Gau Gera. Gönitz. K: Oswald Zeißig, Schulplan 1. Gau Berlin. Fürstenwalde. V: Karl Rufatz, Holzstraße 9. K: Paul Wagner, Berliner Str. 19. Malow. K: Wilhelm Beigel, Rostocker Str. 344e.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen.

Berlin. Dekateure. Jeden Freitag, nachmittags von 3—4 Uhr, Staffschreiberstr. 39: Jahlung. Bernau. Montag, 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Leisrig. Donnerstag, 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Schatz, „Neue Sorge“.

Ortsverwaltungen.

Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten.

Breslau. Buch Nr. 1 078 421, für Marie Bendler, eingetretten 1. November 1919 in Breslau. Buch Nr. 1 078 210, für Wally Kott, eingetretten 14. August 1919 in Breslau. Fürstenwalde (Spree). Buch Nr. 1 048 479, für Paul Flohr, eingetretten 1. September 1921 in Fürstenwalde. (Diebstahl! Inhaber festnehmen lassen!) Ronneburg. Buch Nummer 1 045 999, für Lidia Rubel, geb. 31. Juli 1864 in Ronneburg, eingetretten 24. Oktober 1919.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Angsburg. Anna Landherr; Joseph Freudenberg. Berlin. Ernst Kluge. Gelsenau. Friedr. Louis Fischer, Thun. Hamburg. Johann Mendag. Ludenwalde. Anna Michaelis. Jülichau. Maria Beter. Zwidau. Klara Wolf. Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 6. Oktober

Verlag: Karl Süßich in Berlin, Magazinstr. 6—7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreffel in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.